

Die Schweizerischen Jungsozialisten haben einen neuen Anlauf genommen : trotz allem wieder im Aufwind

Autor(en): **Müller, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **65 (1986)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340391>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Und damit ist die Frage zu stellen, inwiefern die von Ruedi Strahm angestrebte «themenbezogene Zweckallianz» mit den neuen Mittelschichten, diese Forumsfunktion der Partei, effektiv zur politischen Stärkung der SP beitragen wird. Ich meine: Auch eine themenbezogene Zweckallianz kann nicht auf die Basis gemeinsamer – wenn auch generell formulierter – politischer Grundsätze und Zielvorstellungen verzichten, wenn sie von längerfristiger Relevanz sein soll. Dazu braucht es – wie

Ruedi Strahm dies ebenfalls stets gefordert hat – verstärkte politische Bildungsarbeit parteiintern sowie eine kontinuierliche politische Grundsatzdiskussion mit den Gewerkschaften und den anderen linken Parteien. Die Partei kann nur aus einer klaren politischen Grundhaltung heraus erstarren.

Der Wunsch Ruedi Strahms – und anderer – nach einer zentralen Mitgliederkartei erscheint mir dabei entweder als technologisches Detail oder

aber als Indiz für ein perfekt technokratisches Politikverständnis, das sich bereits mittelfristig nur kontraproduktiv, das heisst atomisierend, demotivierend und demobilisierend auswirken kann. Dieser Entpolitisierung muss die Parteilinke entgegentreten.

Ist ihr wirklich die Luft ausgegangen, wie Ruedi Strahm dies feststellt? Sie zum Widerspruch und zur Reaktion aufzuwecken, wäre ein schönes Ergebnis dieser Buchveröffentlichung!

Die Schweizerischen Jungsozialisten haben einen neuen Anlauf genommen

Trotz allem wieder im Aufwind

Von Thomas Müller

Begonnen hat eigentlich alles während einer Zugreise, als eine Gruppe von Jungsozialisten und Jungsozialistinnen vom Festival der «International Union of Socialist Youth» (IUSY) voll Enthusiasmus und neu motiviert heimkehrte. Dort entstand die Idee, eine neue Plattform zu erarbeiten und zu diskutieren. Im Sommer 1986 nun standen die Jusos mitten in der Diskussion um das neue Grundlagenpapier.

Nach der Generalversammlung der schweizerischen Jusos in Fribourg 1985 titelten verschiedene Zeitungen: «Krise der Jusos ist offensichtlich!» Ich muss offen gestehen, dass ich über derartige Titel recht erstaunt war. Zeigte sich doch gerade an dieser GV erstmals etwas Licht im schier endlos langen Tunnel. In Fribourg waren die schweizerischen Jusos gerade deshalb zusammengekommen, um wieder einmal grundsätzliche Fragen zu diskutieren, unter anderem eben auch grundsätzliche

Fragen in bezug auf sie selber. Dass dabei ein eben nicht harmonisches Bild entstand, ist kein Anlass zur Aufregung. Vielmehr wurde in Fribourg der Grundstein zu einer politischen Grundsatzdiskussion gelegt, die den schweizerischen Jusos längerfristig wieder ein eigenes Profil geben wird.

Die schweizerischen Jusos haben wie andere linke Organisationen seit Mitte der siebziger Jahre einen starken und mitunter sogar schmerzhaften Wandel durchgemacht. Dieser Wandel hängt u.a. auch mit dem Wandel in der Gesellschaft zusammen.

Während der Jugendunruhen von 1980 und den folgenden Jahren wurden die Genossinnen und Genossen meist ausgepöfeln, wenn sie als Jusos an Vollversammlungen auftraten. Sozialistische Konzepte für eine demokratische Gesellschaft und einen demokratischen Staat waren nicht gefragt. Jugendliche «bewegten» sich aus Betroffenheit. Sie waren betroffen von

Wohnungsnot, Verbetonierung von Lebensräumen und vielem mehr. Sie demonstrierten für ein lebenswertes Leben, aber nicht weil sie einsahen, dass die Häuserspekulation der Spekulanten die Wohnungen unerschwinglich werden liessen. Und darin liegt meines Erachtens auch der Hauptunterschied zur 68er-Generation. Diese traten mit klaren Vorstellungen, Konzepten und Alternativvorschlägen zur kapitalistischen Gesellschaft an. Die 68er erachteten es nur als eine Frage der Zeit und des persönlichen Einsatzes jedes einzelnen, bis dass der Sozialismus verwirklicht sei. Die 80er-Bewegung hingegen trat aus Betroffenheit und Ohnmacht gegenüber diesem Staat an und kämpfte mit Pflastersteinen anstelle von Argumenten. Ähnlich verhält es sich bei den Jusos. Sie sind heute nicht mehr eine rein sozialistische Jungpartei, wie sie es vielleicht einmal gewesen sein mögen. Vielmehr sind die Jusos heute eine Organisation von

konkret betroffenen Grünen mit sozialistischem Hintergrund. Der Sozialismus als gemeinsam zu erstrebendes Ziel steht nach wie vor in der neuen Juso-Plattform gleich am Anfang. In der tatsächlichen Arbeit hingegen hat er schon lange den tagespolitischen Themen Platz machen müssen und ist vielleicht etwas in den Hintergrund gerückt. In den Juso-Sektionen sind heute vielfach überflüssige Strassenbauprojekte, Atomkraftwerke, nicht gebaute Velowege usw. mehr Diskussionsthema. Die Hauptbetätigung vieler Juso-Sektionen besteht heute darin, die Umwelt auf irgendeine Art lebenswert zu erhalten. Der Bezugspunkt, dass die Umweltzerstörung etwas mit kapitalistischer Ausbeutung zu tun hat, wird bei den Jusos nur am Rand diskutiert.

Gleich wie der gesellschaftliche Wandel haben die Juso auch einen internen Strukturwandel durchgemacht. Grob gesagt haben sie einen Prozess der Enthierarchisierung vollzogen. Das autoritäre Einerpräsidium wurde ersetzt durch ein Co-Präsidium aus drei Leuten, wobei mindestens ein Vertreter oder eine Vertreterin aus der Westschweiz dabei sein muss. Ebenfalls abgeschafft wurde das frühere Jahresthema, das die GV beschlossen hatte, und das die Juso-Politik massgeblich für ein Jahr festgeschrieben, wenn nicht sogar beschränkt hat. Weiter wurden die Strukturen stark geöffnet. Für die Generalversammlung und Vollversammlung ist das strenge Delegiertensystem abgeschafft und durch die Möglichkeit ersetzt worden, dass alle Mitglieder stimm- und wahlberechtigt daran teilnehmen können.

Diese internen Veränderungen könnte man auch als Versuch umschreiben, die Selbstverwaltung nicht nur zu diskutieren, sondern eben auch zu leben.

Trotz allem wurde nämlich das Thema Selbstverwaltung – zwar nicht öffentlich – unter den Jusos diskutiert. Diese politische Diskussion konnte nur dann fruchtbar sein, wenn ihr auch bei Diskussionen über interne Organisationsfragen irgendwie Beachtung geschenkt wurde. Das Einerpräsidium wurde nicht aus irgendeiner momentanen Laune heraus abgeschafft, sondern es bestand das konkrete Ziel, die Verantwortung (und nebenbei auch die Arbeit) auf mehr als nur eine Person zu verteilen. Ganz nebenbei bemerkt sei angemerkt, dass das Dreier-Präsidium nie Probleme aufgeworfen hat. Es ist genau so schnell aktionsfähig wie ein Einer-Präsidium. Ich gehe sogar soweit zu sagen, dass die Jusos gar kein «Zugrössli» mehr brauchen, um politische Aktivitäten zu entwickeln. Der Selbstverwaltung wird auch an den Vorstandssitzungen nachgelebt. Die Sitzung wird nämlich nicht unbedingt von einem Präsidiumsmitglied geleitet, sondern gelegentlich auch von einem Basismitglied. Die Vorstandssitzungen können somit z.T. recht chaotisch verlaufen, was aber von niemandem als Problem bezeichnet wird. Wichtig ist, dass auch hier die Möglichkeit besteht, Selbstverwaltung zu leben und zu erlernen.

Neue politische Plattform

Auch bei der Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Plattform versuchen die Jusos selbstverständlich auch so demokratisch wie nur möglich vorzugehen. Der Entwurf wurde deshalb auch nicht von einer «allwissenden» Kommission erarbeitet, sondern jede/r Interessierte/r konnte ein Kapitel entwerfen. Die verschiedenen Kapitel wurden dann in einer breiten Diskussion im Vorstand zu einem zusammenhängenden Entwurf zusammengestellt.

An der GV vom April 1986 in Zug wurden die ersten sieben Kapitel der neuen Plattform verabschiedet. Den zweiten Teil wird die Vollversammlung am 12./13. September 1986 in Bern verabschieden. Im Folgenden sollen diese sieben verabschiedeten Kapitel kurz vorgestellt werden.

Politische Grundsätze

Als oberster Grundsatz wird hier die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus postuliert. Aus diesem Grundsatz werden verschiedene politische Forderungen abgeleitet: Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern; Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Menschen und der einzelnen Völker; Abschaffung von Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg; Recht der Menschen auf eine intakte Umwelt im Rahmen einer verantwortungsbewussten Wirtschaft.

Drogenpolitik

Die Juso gehen mit der herrschenden Drogenpolitik nicht einig. Die schwere Kriminalisierung von einfachen Cannabis-Konsumenten und die gleichzeitig large Haltung gegenüber grossen Händlerringen (vergleiche zum Beispiel den Pizza-Connection-Fall im Tessin) kann nicht Inhalt einer menschengerechten Drogenpolitik sein. Deshalb fordern die Juso die Entkriminalisierung des Konsums von Cannabis-Produkten und die präventive Behandlung drogenabhängiger Jugendlicher, anstatt sie der polizeilichen Verfolgung zu unterstellen.

Bildungspolitik

Ausgehend vom Grundsatz: «Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung und Ausbildung, und zwar seinen Wünschen,

Vorstellungen und Möglichkeiten entsprechend», beschlossen die Juso u.a., folgende Forderungen in die Plattform aufzunehmen: Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schultypen mit dem Ziel einer integrierten Gesamtschule: ein einheitliches Schulsystem für die ganze Schweiz: regelmässige obligatorische Fortbildungskurse für Lehrkräfte, Harmonisierung und Ausbau des Stipendienwesens, eine Berufsbildungsgesetzgebung, die den Lehrlingen eine fundierte Ausbildung gewährt.

Asylpolitik

Wie schon so oft entfachte sich zu diesem Thema auch in der Juso eine heftige Diskussion. Da reichten die Argumente von der sogenannten Vollzugskrise bei den Bundesbehörden bis hin zur Forderung, alle Asylbewerber als anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz aufzunehmen. Einhellig lehnen die Juso die Aushöhlung des Asylgesetzes unter dem Deckmantel der «nationalen Bedrohung» ab. Eine Asylgesetzgebung, die auf der Basis von Willkür, Ungerechtigkeit und Menschenverachtung gemacht wird, lehnen die Juso entschieden ab. Der Schutzgedanke der humanitären Asyltradition der Schweiz muss auf jeden Fall erhalten bleiben. Die Juso fordern in ihrer Plattform, dass sich die Asylgesetzgebung weiterhin auf die Grundsätze der Solidarität, der Rechtsgleichheit und der Humanität stützen muss.

Ausländerpolitik

Ebenso wie bei der Asylpolitik muss auch hier die Solidarität mit den ausländischen KollegInnen oberste Leitschnur sein. Fremdenhass darf nie und nimmer die Antwort auf interne wirtschaftliche Probleme sein. Nicht die ausländischen Kolle-

gInnen tragen die Verantwortung für die Verschlechterung der Wirtschaftslage, sondern die wahren Schuldigen sind die Spekulanten, Unternehmer und die allein auf Gewinn orientierten Banken. Als dringendste Massnahme fordern die Juso die sofortige Abschaffung der menschenunwürdigen Saisonierstatute und die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für AusländerInnen auf kommunaler Ebene.

Weltpolitik und Solidarität

Wie schon in den «politischen Grundsätzen der Juso» angekündigt, bildet das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Grundlage der 3.-Welt-Politik der Juso. So stellen die Juso die Gewährung von Exportrisikogarantien für grosstechnologische Anlagen in der 3. Welt grundsätzlich in Frage und fordern den Austritt der Schweizer aus dem 10er-Club und vor allem keinen Eintritt in den IWF, da diese beiden Organisationen wesentlich für die erdrückenden Schulden der meisten 3.-Welt-Staaten verantwortlich sind.

Öffentlicher Verkehr

Diesem Thema war rund ein halber Tag der eineinhalb Tage dauernden GV gewidmet. Hansjörg Rhyn, Mitarbeiter in der Verkehrsabteilung des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, erläuterte die nicht existierende Tarifabsprache der diversen Transportunternehmungen in der Schweiz. Er betonte aber gleichzeitig, dass an verschiedenen Orten der Wille zu Verbesserungen und Verbilligungen vorhanden sei. So führte er den Tarifverbund der Transportunternehmungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und deren erfolgreiches Umweltschutz-Abonnement als

exemplarisches Beispiel einer möglichen regionalen Verkehrspolitik dar. Die Juso fassen in ihrer neuen Plattform ihre Haltung zum öffentlichen Verkehr im folgenden Grundsatz zusammen: «Der öffentliche Verkehr stellt für uns eine Lebensauffassung dar, in der ökonomische und ökologische Interessen ineinandergreifen müssen. Saubere Luft und vernünftige Preise werden längerfristig die Popularität der öffentlichen Verkehrsträger steigern.»

Politikverständnis

Ohne zu übertreiben kann gesagt werden, dass die schweizerischen Jusos wohl ein etwas anderes Politikverständnis haben als andere grössere Linksparteien. Die Jungsozialisten betreiben nicht Politik allein der Politik wegen. Politik beinhaltet für uns nicht nur das Verwalten der Macht im Staat um jeden Preis. Die Jusos versuchen Politik in ihrem ganzen Wesen zu erfassen. So ist es für viele wichtig, dass der Mensch und dessen Wünsche in der Politik im Vordergrund stehen und nicht die Machtverwaltung. Die Jusos wollen ganzheitliche Politik betreiben, die möglichst viele Lebensbereiche umfasst.

Ebenso ist es für die Juso eine grosse Chance, freier und unabhängig politisieren zu können, als dies zum Beispiel die SPS kann. Auf Partner der Konkordanzdemokratie, auf Wählergruppen oder auf Gewerkschaften müssen sie bei der Festlegung ihrer Politik keine Rücksicht nehmen. Sie sind nicht in das Konkordanzdemokratiesystem eingebunden, das dann irgendwelche fragwürdige helvetische Kompromisse hervorbringt. Kurz, die Jusos verwalten keine Macht und bekommen auch nichts, wenn sie ihre Forderungen zurückstecken.

Unter diesen Voraussetzungen können und müssen die Jusos engagierter und radikaler auftreten als die SPS. Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie ist somit für die Jusos eine durchaus realisierbar erscheinende Forderung und keine Utopie, die auf den St.-Nimmerleins-Tag zu verabschieden ist. Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie liesse sich mit etwas Goodwill und vor allem mit viel Phantasie schon heute realisieren. Dies ist ein Punkt, wo die Jusos unter keinen Umständen bereit sind, irgendwelche Kompromisse einzugehen. Die Jusos können nur gewinnen, wenn sie kompromissloser und engagierter auftreten würden.

Jusos und Bildungsarbeit

In der politischen Bildungsarbeit besteht sicher ein grosser Nachholbedarf. Dabei müssen gerade linke Organisationen einsehen, dass politische Bildungsarbeit in herkömmlicher schulmeisterlicher Art je länger desto weniger gefragt ist. Die Jusos haben die Einwegkommunikation hier mit dem allwissenden Lehrer und dort den bildungshungrigen Schülern verlassen und vermitteln einerseits Bildungsarbeit an internen Seminaren und andererseits in der politischen Alltagsarbeit,

Vollversammlung der schweizerischen Juso

Am 13./14. Sept. 1986 werden die Juso in Bern die neue Plattform zu Ende beraten und verabschieden. Zu dieser VV sind alle GenossInnen herzlich eingeladen. Die VV-Unterlagen und die Anmeldung können beim Juso-Sekretariat, Postfach 2194, 3001 Bern, bestellt werden.

wie oben am Beispiel der Selbstverwaltung dargestellt worden ist. Die Selbstverwaltung wird zudem auch in den Sektionen gelebt und geübt. Dort sind die festen Organisationsstrukturen mit Präsident, Sekretär und Aktuar meist abgeschafft und durch eine Gruppe ersetzt, die im Turnus die nötigen administrativen Arbeiten erledigt. Dass dies problemlos funktionieren kann, beweist die Tatsache, dass in keiner Sektion die Kompetenzen irgendwie missbraucht worden sind. Auch wenn diese Begebenheit lapidar erscheinen mag, so ist sie sicher ein wichtiger Teil unserer Bildungsarbeit.

Daneben hat sich bei den Jusos eine Subkultur entwickelt, die heute einen grossen Stellenwert einnimmt. Der ehemalige sozialistische Kulturminister Frankreichs, Jack Lang, soll gesagt haben: «Kultur ist die Summe aller Beziehungen zwischen den Menschen!» Auch wir verstehen Kultur als etwas Ganzheitliches, das den Menschen mit seinen Nöten und Wünschen umfasst. Dazu gehören Kulturwochen, rauschende Feste oder das Vorführen eines Filmes, den eine Juso in Guatemala gedreht hat.

SPS als Mutter-/Vaterpartei?

Ein eigentliches Verhältnis besteht zwischen der SPS und den Jusos nicht. Wohl sind sie in den diversen Parteigremien vertreten, werden dort aber ignoriert. Überhaupt scheinen SPS und SP-Kantonalparteien wenig bis kein Interesse an den Jusos zu haben. Dies ist doch schon allein dadurch bewiesen, dass auf eine briefliche Anfrage der Jusos an die Kantonalparteien keine einzige, auch nicht eine negative Antwort eingetroffen ist. Andererseits sind es gerade die Jusos, die einen grossen Teil der sogenannten SP-Basisarbeit leisten. Von die-

Spendenaufruf

Die Juso leben mit einem sehr bescheidenen Budget. Neben den Mitgliederbeiträgen sind die Juso dringend auf Spenden angewiesen. Die Juso sind für jede finanzielle Unterstützung dankbar und freuen sich über jede noch so kleine Spende.

Postchecknummer:

Juso

Schweiz

PC 30-1703, 3001 Bern

sem Standpunkt aus müsste eigentlich jede SP-Sektion ein Interesse an einer starken Juso-Gruppe haben. Auch hier wäre etwas Goodwill seitens der SP und ein vermehrter Informationsaustausch durchaus wünschenswert. Die Jusos streben nur eine intensivere organisatorische Zusammenarbeit mit der SPS an. Politisch müssen sie weiterhin unabhängig von der SP sein. Ja es wäre wahrscheinlich der Tod der Jusos, wenn die SP ihnen politische Vorschriften machen wollte.

Verschiedene Hinweise

Wer sich an eine Juso-Sektion wenden möchte, kann an eine der nachfolgenden Adressen schreiben:

Baden: Jürg Caflisch, Lendstr. 10, 5200 Windisch. Basel-Stadt: Postfach 348, 4016 Basel. Baselland: Postfach, 4410 Liestal. Bern: Postfach 2486, 3001 Bern. Dübendorf: Toni Lanzendörfer, Meierhofstrasse 11, 8600 Dübendorf. Fribourg: Case postale 462, 1700 Fribourg. Genève: Pierre-Yves Bosshard, rue de Lausanne, 1120 Morges. Ticino: Luca Bernasconi, Via Luigi Colombi 4, 6500 Bellinzona. Vaud: Case postale 3046, 1002 Lausanne. Winterthur: Freiestrasse 27, 8406 Winterthur. Zürich: Wer-

ner Kuonen, Rotbuchstrasse 36, 8036 Zürich. Solothurn: Michale Rothen, Dählenstrasse 10, 2504 Grenchen. Interessierte, die in ihrer Region keine Juso-Sektionen vorfinden, wenden sich an das Sekretariat der Juso Schweiz beim Präsidium.

Juso-Präsidium

Toni Lanzendörfer, Meierhofstrasse 11, 8600 Dübendorf; Irène Marti, Dietlerstrasse 12, 3008 Bern; Sulpice Piller, Chemin Colline 18, 1700 Fribourg.

Juso-Sekretariat

Fernand Quartenoud, Postfach 2194, 3001 Bern, Telefon

031/23 24 05.

Juso-Zeitung

Unser «Infrarot» erscheint 4-mal jährlich. Das Infrarot kann bei Urs Meier, Hofackerstr. 1, 5417 Untersiggenthal, bestellt werden (Abo-Preis: 8 Franken/Jahr. Einzelpreis: 2.50 Franken).

Der Preis, den Tourismus und Sport fordern, wird immer höher

Die Zerstörung der Bergwelt

Von Nationalrat Silvio Bircher, Zentralpräsident der Naturfreunde Schweiz (NFS)

Kaum sind die Empörungswogen über die Rodung von 50 000 Quadratmetern Wald im Wallis für eine Skiabfahrt während der nächsten alpinen Weltmeisterschaften etwas verebbt, dringen neue «Rekordmeldungen» an unser Ohr: Gleich zwei neue, über 3000 Meter gelegene Gipfelrestaurants wurden in diesem Monat eröffnet. Beide mit Rekordzahlen. Dasjenige in Saas-Fee als Europas höchstgelegenes Drehrestaurant; es kostete 10 Millionen Franken und ergänzt die ein Jahr alte unterirdische «Metro-Alpin»-Standseilbahn. Das Titlis-Panorama-restaurant muss Sturmböen bis 250 km/h aushalten, kostete 8 Millionen und folgte dem Bau der Hochleistungs-Gondelbahn. So werden die «Konsumwünsche» des Touristen künstlich in die Höhe geschaukelt. Man baut Seilbahnen, und wenn zu wenig läuft, folgt als Lockvogel ein Restaurant als Endstation. Wohin das führt, zeigen die Frequenzen, die allein bei den Luftseilbahnen in den letzten 30 Jahren von 3,7 auf 14,7 Millionen im Sommer und von 3,9 auf 90,1 Millionen Fahrten im Winter stiegen!

Gewaltige Schäden

Die Schäden, welche der heutige moderne Tourismus und einzelne (Spitzen-)Sportarten anrichten, sind gewaltig. Es sind Strassenbauten, riesige Parkflächen, Zweitwohnungen und Bauten aller Art, welche den Reiz einst naturnaher Landschaften längst gebrochen haben. Darüber hinaus bringt der Sommer an den Tag, was da durch den Ansturm einzelner alpiner Wintersportarten angeordnet wird: Bis hinauf in die doppelt empfindlichen Hochregionen sind Bergwälder und -wiesen von erosionsartigen Schneisen, von Rinnen und Rissen durchzogen. Was Planier- raupen und niedergepresster Schnee nicht erstickte, wurde von Stahlkanten wegrasiert. Besonders gravierend sind die Schäden oberhalb der Waldgrenze bei den empfindlichen und oft raren Pflanzenbeständen, dort, wo Variantenski-fahrer und solche, die von «Schneehelikoptern» weit oben auf einem Gipfel abgesetzt worden sind, talwärts fahren. Alle Bestrebungen, diesem Unwesen ein Ende zu setzen, sind bisher

an der Sturheit von «Tourismusfachleuten» gescheitert, die keck behaupten, solche Attraktionen seien eine wichtige Existenzgrundlage für die im Fremdenverkehr tätige Bevölkerung. Aus den gleichen Kreisen werden auch die immer neuen Skilifts und Bergbahnen propagiert, obwohl damit die oben erwähnten Probleme nur noch grösser werden.

Künstlich verlängerte Saison

Der neueste «Hit» für Spitzenskifahrer sind die in den klassischen Wintersportorten eingerichteten sog. «Schneekanonen». Auch hier führt die künstlich eingerichtete Schneepacht natürlich zu ökologischen Schäden. Die Kunstschneepisten sind länger fahrbar, die Skisaison nimmt so fast keine Ende. Das hemmt aber den Graswuchs noch mehr und bringt so die gesamte Vegetation und damit den Boden- und Wasserhaushalt aus dem Gleichgewicht. Zudem muss Wasser aus oft spärlichen Reservoiren herangepumpt werden, von der Energieverschwendung gar nicht zu reden. Die unver-